

Melanie V.

## **„Wesentliche Ursachen für die Entstehung einer nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland liegen in der Weimarer Republik“**

---

Die Ursachen dafür, dass die NSDAP im Verlauf der Jahre immer attraktiver und damit auch wählbarer für einen Großteil der dt. BV wurde, liegt vor allem in den zahlreichen Krisen begründet, die die Weimarer Republik vom ersten Tag ihres Bestandes bis hin zu ihrem Untergang durchlitt. Es gibt keine einfache Erklärung für den Aufstieg der NSDAP oder einen wesentlichen Faktor, der die Diktatur Hitlers ermöglichte. Stattdessen bildeten zahlreiche Probleme, mit denen die WR während der Krisenjahre konfrontiert wurde, den Nährboden für nationalsozialistische Tendenzen. Sowohl links- als auch rechtsradikale Aktivitäten, außenpolitische Bedrohungen als auch innenpolitische und wirtschaftliche Probleme spielten dabei in ihrem Zusammenwirken eine entscheidende Rolle. Bereits die Gründung der WR stand unter keinem guten Stern.

Nachdem die Matrosen in Kiel und Wilhelmshafen am 29. Oktober 1918 ein letztes Gefecht gegen die britische Flotte verweigerten, da sie den Krieg bereits als verloren erachteten, griff die revolutionäre Bewegung schnell auf die größeren Städte Deutschlands über, wo sich zahlreiche Arbeiter- und Soldatenräte bildeten, die die sofortige Beendigung des Krieges und die Abdankung des Kaisers forderten. Am Mittag des 9. Novembers wurde schließlich die Abdankung Wilhelms bekannt gegeben. Daraufhin überschlugen sich die Ereignisse: Scheidemann, ein Parteifreund des Reichskanzlers Ebert, rief die deutsche Republik aus und nur 2 Stunden später verkündete der radikale Spartakusführer Liebknecht die sozialistische Republik. In den Unruhen und Wirren der Novemberrevolution kämpften nun 3 konkurrierende Gruppen um die Macht in Deutschland: Die konservativen Kräfte – Armee und Verwaltung – wollten mit allen Mitteln die Monarchie in Deutschland aufrecht erhalten. Linksradikale Kräfte – allen voran der Spartakusbund – forderten eine sozialistische Räterepublik. Die gemäßigteren Kräfte – SPD, Zentrum und die Linksliberalen – wollten die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie erreichen. Die Entscheidung über die zukünftige Staatsform sollte auf dem Reichsrätekongress in Berlin am 16.12.1918 fallen. Entgegen der Hoffnung der Linksradikalen wurde der Rat der Volksbeauftragten unter Eberts Führung als provisorische Regierung bestätigt und der Antrag auf Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung akzeptiert. Während die Spartakisten weiterhin versuchten, durch Demonstrationen die Massen zu radikalieren, entschloss sich Ebert aus Angst vor einer Räterediktatur nach russischen Vorbild zur Zusammenarbeit mit der kaiserlichen Armeeführung – also mit den konservativen Kräften – und forcierte die Bildung von Freiwilligenbänden, den Freikorps, die mit einem ausdrücklichen Schießbefehl gegen Aufständische – insbesondere natürlich gegen Linksradikale – ausgestattet wurden. In bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen wurden linksradikale Demonstrationenbewegungen, wie der Spartakusaufstand, blutig niedergeworfen. Am 19.1.1919 ging schließlich die SPD als klarer Sieger aus den Wahlen zur NV hervor und bildete mit dem Zentrum und der DDP die Weimarer Koalition. Das deutsche Reich war nun endgültig eine parlamentarische Demokratie geworden, doch die Art und Weise, auf die Dtl. seine neue Staatsform gefunden hatte, schockierte große Teile der BV und provozierte auch in den folgenden Jahren immer wieder Putschversuche von links und rechts. Die WR stand also bereits bei ihrer Gründung auf sehr wackeligen Beinen. Diese unsicheren parlamentarischen Verhältnisse bildeten den Nährboden für faschistische Tendenzen.

Auch die Unzufriedenheit über den am 28.6.1919 unter Druck eines alliierten Ultimatums vom SPD-Außenminister Müller unterzeichneten Friedensvertrag von Versailles trug zur allgemeinen Abneigung gegenüber der WR bei. Die BV empfand den Versailler Vertrag nicht nur auf Grund der zahlreichen Gebietsabtretungen, wirtschaftlichen und militärischen Beschränkungen und der hohen Reparationszahlungen als moralische Ächtung des ganzen Volkes, sondern empörte sich insbesondere über den Kriegsschuldparagraphen, der Deutschland und dessen Verbündeten die Alleinschuld am Kriegsausbruch gab. Die BV glaubte nach wie vor an die Einkreisung durch

neidische Mächte und die erzwungene Reaktion des Reiches. Die Ablehnung dieses Schandfriedens und die Hetze gegen die sogenannten Erfüllungspolitiker, denen der Vaterlandsverrat vorgeworfen wurde, steigerte die Enttäuschung im Inland und ließ Kritik an der fehlenden Durchsetzungskraft der Regierung laut werden. Die Dolchstoßlegende, die die Schuld für die Niederlage im Krieg und den Friedensvertrag den Linksparteien zuschob, heizte die revolutionäre Stimmung im Land weiter an und machte die BV zugänglich für rechtsradikale Putschversuche gegen eine Regierung, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der WR scheinbar nicht lösen konnte.

So plante beispielsweise eine rechtsextreme Gruppe um General Ludendorff und Wolfgang Kapp den Sturz der Regierung, da diese auf Grund der im Versailler Vertrag verfüigten Truppenreduzierung die versprochene Übernahme der Freikorps in die Reichswehr nicht einhalten konnte. Der Marsch auf Berlin schlug jedoch fehl, da die Ministerialbürokratie die Anordnungen von Kapp nicht ausführte und die Gewerkschaften den Generalstreik ausriefen, woraufhin Kapp nach Schweden floh. Der Kapp-Lüttwitz -Putsch führte vielerorts zu Streiks und zur Bildung bewaffneter Schutzeinheiten. KPD und USPD formierten in Sachsen und Thüringen eine Rote Armee, die sich mit den Regierungstruppen blutige Kämpfe lieferte. Leidtragende war die BV. Als am 6. Juni 1920 schließlich die Wahlen zum ersten Reichstag stattfanden, wandten sich viele Bürger -enttäuscht von der Zusammenarbeit der SPD mit den alten Kräften- von den Sozialdemokraten ab. KPD und NSDAP – die radikalen Kräfte- hingegen verzeichneten einen Anstieg ihrer Wählerstimmen, der wohl vorwiegend aus der Enttäuschung der BV über die aktuellen Lebensumstände resultierte, für die man zum Großteil die scheinbare Unfähigkeit der SPD verantwortlich machte.

In den folgenden Monaten erschütterten politische Morde die Republik, die von den Untergrundorganisationen, die sich nach der Auflösung der Freikorps gebildet hatten, ausgeführt wurden. Die Mordanschläge auf führende Repräsentanten der Demokratie- beispielsweise die Ermordung Erzbergers und Rathenaus- rüttelten stark an den Grundfesten der parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Das Gesetz zum Schutz der Republik sollte dem Treiben der Terrorgruppen zwar möglichst schnell ein Ende setzen, zeigte jedoch kaum Wirkung, da die Justiz zwar hart gegen Linksradikale vorging, die Rechtsradikalen aber schonte, sodass diese ihre Machtposition zunehmend ausbauen konnten. Durch die Morde und die unsicheren Zeiten in Angst und Schrecken versetzt, wurde nun in der BV allmählich der Ruf nach einem starken Führer und geordneten Verhältnissen laut.

Die innenpolitische und wirtschaftliche Situation wurde im Jahre 1923 zusätzlich durch eine galoppierende Inflation verschärft, die das Resultat der Niederlage im 1. WK war. Die Kriegsanleihen, die der Staat während des 1. WK bei der BV nahm, konnten nach der Niederlage nicht mehr zurück gezahlt werden, da der Wert der Mark 1918 beinahe auf die Hälfte sank. Um seine Verpflichtungen gegenüber Kriegswaisen, -witwen, -invaliden, etc. erfüllen zu können, ließ der Staat Geld drucken. Die Güterproduktion der schwachen Nachkriegswirtschaft konnte mit dem enormen Anstieg der Geldmenge jedoch nicht Schritt halten. Als Deutschland zudem mit den Reparationszahlung in Verzug gerät, besetzt Frankreich das Ruhrgebiet, wodurch der Staat sämtliche Einnahmen aus seinem größten Industriegebiet verliert. Die Inflation steigt so stark an, dass 1923 ein Brötchen 20 Milliarden Mark kostet. Eine weitere Folge der Geldentwertung ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Da die WR die Verluste durch den passiven Widerstand im Ruhrgebiet im Sommer 1923 kaum noch verkraften kann, beschließt die Große Koalition diesen aufzugeben. Auch innenpolitische Konflikte werden durch den Ruhrkampf angeheizt. Frankreich unterstützt separatistische Bewegungen im Rheinland und der Pfalz. Die BV kann die erneute Kapitulation gegenüber Frankreich ebenso wenig nachvollziehen wie die Ursachen für die Inflation und Wirtschaftskrise. In ihrem Nationalstolz gekränkt und unzufrieden mit den momentanen wirtschaftlichen und politischen Zuständen wenden sich immer mehr Deutsche den radikalen Parteien zu, die infolge der geschwächten Position der Regierung erneut Umsturzversuche wagen.

So rief Hitler im Bürgerbräukeller in München den Ausbruch der nationalen Revolution aus und erklärte die Reichsregierung für abgesetzt. Auch die KPD will die Krise des Jahres 1923 nutzen und bereitet in Sachsen und Thüringen einen Roten Oktober nach dem Vorbild der russ. Oktoberrevolution vor. Trotz der Niederschlagung des Hitler-Ludendorff-Putsches und der anschließenden Inhaftierung Hitlers und dem Scheitern des deutschen Oktobers ließen die Aufstände eine verunsicherte BV zurück, die sich wohl die Frage stellte, ob die derzeitige Regierung mit ihren Aufgaben schlichtweg überfordert sei. Aus Furcht vor einer proletarischen Revolution wendeten sich große Teile der bürgerlichen Mittelschicht nun den rechtsradikalen Parteien, allen voran der NSDAP, zu.

Zwar kann die Reichsregierung durch die Einführung der Rentenmark den Geldwert wieder stabilisieren und durch zahlreiche Verträge mit dem Ausland (Vertrag von Rapallo, Dawes-Plan, Vertrag von Locarno, Berliner Vertrag, Eintritt in den Völkerbund, Briand-Kellogg Vertrag, Young Plan) Deutschlands außenpolitische Situation verbessern und den Boykott dt. Waren durchbrechen. Doch der wirtschaftliche Aufschwung und die Stabilisierungsphase der innenpolitischen Verhältnisse während der Ära Stresemann finden durch die Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 ein jähes Ende. Um wieder flüssig zu werden zogen amerikanische Banken ihre Kredite aus Europa zurück. Fabriken brachen zusammen, die Arbeitslosenzahlen stiegen drastisch an und viele Menschen verloren ihre Wohnung oder ihr Haus und mussten auf der Straße leben. Viele machten nun sowohl das Ausland als auch die eigene Regierung für das eigene Elend verantwortlich. In dieser scheinbar ausweglosen Situation kam das Programm der NSDAP, die sich bereits in den Jahren zuvor politisch etabliert hatte, gerade recht. Die außenpolitische Ziele, wie die Revision des Versailler Vertrags, die Vorherrschaft in Europa und der Welt, die Errichtung eines Großdeutschen Reichs und die Zurückerlangung der Kolonien, versprachen dem verletzten Nationalstolz der Deutschen einen erneuten Aufschwung. Die innenpolitischen Ziele, wie die Senkung der Arbeitslosigkeit, die Bodenreform, die Verstaatlichung der Industrie und die Einziehung der Kriegsgewinne, machten der von zahlreichen Krisen erschütterten BV Hoffnung auf neuen Wohlstand und standen in krassem Gegensatz zum gemäßigten und wenig erfolgreichen Kurs der bisherigen Regierung. Die Organisation der NSDAP durch das Führerprinzip, zentralistische Strukturen, den hierarchischen Aufbau, etc., versprach die verlorengegangene Ordnung im Staat wiederherzustellen. Nicht zuletzt lieferten die Antipositionen der NSDAP, wie z.B. Antiparlamentarismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit genügend Sündenböcke, um von den Verfehlungen der Deutschen abzulenken.

Nachdem Hitler im Januar 1933 von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde, war es nur noch ein Katzensprung bis zur Errichtung einer nationalsozialistischen Regierung. Die Weimarer Verfassung bot sogar die nötigen Grundlagen dafür. Sie hatte mit den Artikeln 25 und 48 bereits bei ihrer Entstehung ihr eigenes Todesurteil unterschrieben, da diese dem Reichskanzler zu viel Macht einräumten. Auch das Fehlen einer 5%-Klausel trug dazu bei, dass der WR die Einigkeit und Stabilität einer Mehrheitsregierung fehlte. Hitler nutzte diese Lücken, um größtenteils legitim eine Diktatur zu errichten. Auf der Angst, Verunsicherung und Unzufriedenheit der BV baute er sein Konzept zunehmend aus. Und mit der Zustimmung einer verzweifelten BV würde er es innerhalb weniger Jahre in erschreckender Weise verwirklichen.